



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386



ARBEITSBEREICH
MINDERHEITENGECHICHTE
UND BÜRGERRECHTE

An die Arbeit!

Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert

Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen



—
MANFRED
LAUTENSCHLÄGER
STIFTUNG

STIFTUNG **evz**
ERINNERUNG • VERANTWORTUNG • ZUKUNFT

 **Heidelberg**

Grußwort von Bilkay Öney

Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg hat eine Tradition als Einwanderungsland. Die Arbeitsmigration spielt dabei eine entscheidende Rolle – damals wie heute. Die Gastarbeiteranwerbung zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs im Land legte den Grundstein für die Vielfalt in unserer heutigen Gesellschaft. Doch waren die Arbeits- und Lebensbedingungen häufig nicht einfach und die Gesellschaft noch nicht bereit, die Einwanderungsrealität anzunehmen. Auch wenn die Arbeitsmarktinintegration in Baden-Württemberg heute gut gelingt, ist der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Zuwanderer und ihre Nachkommen noch immer mit Hindernissen behaftet. Auch aktuell erleben wir wieder eine hohe Zuwanderung, vor allem aus den Ländern der Europäischen Union. Die Arbeitgeber im Land suchen nach ausgebildeten Fachkräften. Viele Zuwanderer kommen daher zur Ausbildung oder zum Arbeiten, der Großteil von ihnen ist gut ausgebildet. Doch es kommen auch viele Flüchtlinge zu uns, deren Möglichkeiten beschränkt sind, ihre Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt adäquat einzubringen. Die Diskussion um die Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern wird also weiter geführt.

Das Symposium greift somit ein aktuelles Thema auf und beleuchtet es aus historischer Perspektive. Es macht sich zur Aufgabe, die guten wie schlechten Erwerbserfahrungen unterschiedlicher Zuwanderergruppen zu analysieren und setzt sie ins Verhältnis zu gesellschaftlichen Entwicklungen und ihren Orten. Ich unterstütze den Ansatz, mit der öffentlichen Geschichtswissenschaft die wissenschaftliche Diskussion nach außen zu tragen und die Erkenntnisse zu teilen. Ich wünsche dem Arbeitsbereich Minderheitengeschichte und Bürgerrechte in Europa an der Universität Heidelberg für das Symposium gutes Gelingen und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine spannende und erkenntnisreiche Tagung.

Keynote

Prof. Dr. Ulrich Herbert (Universität Freiburg)



Prof. Dr. Ulrich Herbert wurde 1951 in Düsseldorf geboren. Er studierte von 1971 bis 1975 Geschichte, Germanistik und Volkskunde an der Universität Freiburg. 1975 absolvierte er seine Referendarausbildung und arbeitete bis 1980 als Studienrat. Zwischen 1980 und 1984 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960“

an der Universität Essen tätig und wurde dort 1985 mit seiner Arbeit „Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“ promoviert. Ab 1984 arbeitete er am Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Fernuniversität Hagen als wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Lutz Niethammer mit und stellte dort 1992 seine Habilitationsschrift „Best: Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft“ fertig. 1987/1988 war er als Research Fellow am Institut für Deutsche Geschichte an der Universität in Tel Aviv tätig. 1992 wurde er Direktor der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. 1995 folgte er dem Ruf der Universität Freiburg auf den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte und wurde 1999 mit dem Leibniz-Preis der DFG ausgezeichnet. 2007 übernahm er die Stelle des Direktors am Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS), die er bis 2013 innehatte.

Panel I: Formen der Arbeitsmigration 1: Fremd- und Zwangsarbeit

Chair: Dr. Cord Pagenstecher (FU Berlin):



Dr. Cord Pagenstecher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin am Center für Digitale Systeme, wo er für die Konzeption und Betreuung von Forschungsumgebungen und Bildungsmaterialien mit Zeitzeugen-Interviews sowie insbesondere für das Online-Archiv „Zwangarbeit 1939-1945“ zuständig ist. Seine Magisterarbeit verfasste er 1994 zur Mentalitätsgeschichte der „Gastarbeit“ und seine Dissertation 2003

zum Thema der Visual History des bundesdeutschen Tourismus. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Nationalsozialismus, Tourismusforschung, Visual History, Migrationsgeschichte sowie Bildungsarbeit und Erinnerungskultur.

Referentinnen:

Dr. Katarzyna Woniak (Berlin)



Dr. Katarzyna Woniak wurde 1983 in Szczecin (Polen) geboren. Von 2002 bis 2005 studierte sie Geschichte an der Universität Posen und absolvierte dort ihren Bachelor. Darauf folgend besuchte sie die Universität Augsburg und schloss 2008 ihr Studium in Neuerer und Neuester Geschichte, Mittelalterlicher Geschichte, Europäischer Ethnologie und Volkskunde mit der Magisterarbeit „Der Beitrag des Hauses des Deutschen Ostens in München zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen 1990-2006“ ab. 2012 wurde sie

an den Universitäten Augsburg und Posen mit der Arbeit „Von Verdrängen bis Wiederentdecken. Die Erinnerungskulturen in den west- und nordpolnischen Kleinstädten Labes und Flatow seit 1945. Eine vergleichende Studie“ promoviert.

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Dr. Katarzyna Woniak arbeitete unter anderem 2009 als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte in München und von 2010 bis 2012 als Lehrbeauftragte an der Universität Posen. Zurzeit lehrt sie an der Freien Universität Berlin und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Historische Forschung in Berlin.

Von „Fremdarbeitern“ zu Justiz- und KZ-Häftlingen. Die polnischen Zwangsarbeiter in Berlin als Strafgefangene

Die polnischen Zwangsarbeiter in Berlin unterlagen der „Hierarchie des Rassismus“, die sowohl ihre Arbeitsverhältnisse als auch die Alltagswahrnehmung determinierte. Zwar hatten sie etwas bessere Lebensbedingungen als die Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, doch gegenüber den so genannten „Westarbeitern“ war ihre Situation äußerst schlecht. Die Fülle an restriktiven Anordnungen, die die NS-Führungselite schon unmittelbar nach dem Angriff auf Polen in die Wege geleitet hat, ließ bei den polnischen Zwangsarbeitern keinen Zweifel aufkommen, dass sie als Arbeitskräfte der wirtschaftlichen Ausbeutung ausgeliefert wurden. Die Unterbringung in Sammellagern/Baracken, mangelhafte Hygiene oder schlechte Ernährung kennzeichneten das Leben polnischer Zwangsarbeiter. Diese Umstände erwiesen sich bei einigen von ihnen als Katalysator für solche Überlebensstrategien, die in normalen Verhältnissen klar verteufelt worden wären: Die Zwangsarbeiter begingen diverse Delikte; Diebstahl und Hehlerei waren die häufigsten. So wie polnische Arbeiter im Alltag und an der Arbeitsstelle rassischer Diskriminierung unterlagen, so unterlagen sie auch vor Gericht. Die Gerichtsurteile gegenüber polnischen Arbeitern waren meistens härter als gegenüber jenen anderer Nationalitäten. Nicht selten sollten sie einen abschreckenden Charakter im Hinblick auf den Schutz der ideologischen Volksgemeinschaft besitzen. Nur Wenigen war das Ausmaß der möglichen Strafe bewusst. Aber auch die Gerichtsurteile unterschieden sich diametral von Fall zu Fall. So wurden Diebstähle vom Sondergericht mit Todesstrafe oder verschärftem Straflager oder gar mit Freilassung verurteilt. Mehrere Angeklagte konnten der Todesstrafe entkommen und wurden in das KZ abgeschoben.

Im Vortrag wird auf die Gruppe der Strafgefangenen eingegangen, die als polnische Zwangsarbeiter in Berlin gegen die Polenstrafrechtsverordnung verstoßen haben und vom Amtsgericht Berlin sowie vom Landgericht Berlin (Generalstaatsanwaltschaft, Sondergericht) verur-

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

teilt wurden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Schilderung der subjektiven Wahrnehmungen der Zwangsarbeiter, ihrer Alltagperspektiven und Motivationen für die begangenen Taten. Diese werden im Zusammenhang mit der NS-Ideologie betrachtet. Den Quellenkorpus bilden hier die Ermittlungs-, Vernehmungs- und Prozessakten der Bestände des Amtsgerichts Berlin, der Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin und des Sondergerichts beim Landgericht Berlin. Die Personalakten enthalten Informationen zu individuellen Schicksalen, sowohl der zum Tode Verurteilten als auch der in das KZ Abgeschobenen. Damit wird das methodologische Vorgehen, anhand der Prozessakten die Alltagswahrnehmung zu schildern, geprüft.

Dr. Alice Habersack (Erkelenz)



Dr. Alice Habersack wurde 1980 in Flers (Frankreich) geboren. Sie studierte in den Jahren 2000 bis 2008 Geschichte an der Université Paris IV-Sorbonne. 2002/2003 wechselte sie an die Universität Heidelberg und begann 2003 mit ihrer Dissertation „Die Fremdarbeiter in Heidelberg während des 2. Weltkriegs“, die sie 2008 abschloss. Zurzeit arbeitet Dr. Alice Habersack an der Übersetzung ihrer Dissertation, die in die Heidelberger Reihe zur Geschichte der Stadt integriert werden soll und ist als Stadtarchivarin in Erkelenz tätig.

Leben und Arbeitsbedingungen der Fremdarbeiter in Heidelberg am Beispiel des Lagers

Baggerloch

Im Laufe des Krieges kamen zwischen 12.254 und 15.169 Fremdarbeiter nach Heidelberg. Diese „Heidelberger“ Fremdarbeiter waren überwiegend Franzosen (34%), russische Fremdarbeiter waren mit fast 24% die zweitgrößte Gruppe. Die drittgrößte Gruppe bildeten polnische Fremdarbeiter mit 11,5% der gesamten Fremdarbeiterzahl. Der Frauen- und Kinderanteil war in manchen Fremdarbeitergruppen besonders hoch. Schon kurz nach Kriegsbeginn lassen sich die ersten Fremdarbeiter in der Landwirtschaft (polnische Fremdarbeiter) nachweisen. Die gemeinsame Datenbank des Stadt- und des Universitätsarchivs Heidelberg ermöglicht einen Überblick über die Verteilung der Arbeitseinsätze der Fremdarbeiter. Die Stadt Heidelberg

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“

Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

(bzw. ihre Stadtwerke) war die größte Arbeitgeberin. Die Stadtwerke, insbesondere das für die Lieferung von Brennholz zuständige Forstamt, hätten ohne den Einsatz von Fremdarbeitern sehr bald nicht mehr funktionieren können. Ab 1942 kamen die ersten sogenannten Ostarbeiter in Heidelberg an. Sie wurden in großem Umfang in der Industrie beschäftigt. Die wichtigsten Industriebetriebe waren die Firma Fuchs Waggonfabrik, die Heidelberger Schnellpressenfabrik und die Firma Teroson. Besonders wichtig für den Einsatz von Fremdarbeitern war die Reichsbahn.

Die Auswertung der Datenbank macht aber deutlich: Die Gruppe der Fremdarbeiter ist nach ihrer Herkunft, aber auch in der Art, wie sie behandelt wurden, sehr vielgestaltig, und Fremdarbeiter wurden überall eingesetzt. Sie können sowohl in privaten Haushalten als Hausgehilfinnen (russische Fremdarbeiterinnen), in Schulen (holländische Lehrer mit NSDAP-Parteibuch) als auch bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn (U-Bahnfahrer der Pariser RATP) nachgewiesen werden. Insgesamt war Heidelberg aber, vor allem verglichen mit der Nachbarstadt Mannheim, eine nur mittelgroße, noch sehr landwirtschaftlich geprägte Stadt. Viele Fremdarbeiter lassen sich daher auch in der Landwirtschaft nachweisen.

Die Lebensbedingungen der Fremdarbeiter sollen exemplarisch am Beispiel des größten Heidelberger Lagers, des Lagers Baggerloch, gezeigt werden. Die hier präsentierten Ergebnisse haben meine im Jahr 2013 erschienene Studie „Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkrieges“ zur Grundlage. Das Lager Baggerloch charakterisierte sich durch eine Vielzahl von mehr oder minder großen Baracken, die jeweils einer Firma gehörten. Je nach Firma und nach Herkunft der Fremdarbeiter war die Nahrungsmittelversorgung qualitativ wie quantitativ sehr verschieden. Einige erhielten ausreichende Rationen, die Ernährung der Mehrheit der Fremdarbeiter des Baggerlochs erreichte aber kaum das Existenzminimum. Daneben zeichnete sich das Leben im Lager durch die spärliche Einrichtung der Baracken und durch mangelhafte hygienische Bedingungen aus. Es fehlte an Waschmöglichkeiten, Toiletten und Duschen; selten wurden die Strohsäcke der Schlafstätten ausgewechselt. Die schlechten Lebensbedingungen begünstigten auch die Verbreitung von verschiedenen Hautkrankheiten oder Tuberkulose. All diese Aspekte fügen sich zu einem dichten Bild des Alltags der Fremdarbeiter im Dritten Reich zusammen.

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Verena Meier (Heidelberg)



Verena Meier wurde 1988 in Sulingen geboren. Sie studiert seit 2009 an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg Anglistik, Neuere und Mittlere Geschichte, Europäische Kunstgeschichte und Philosophie/Ethik auf Lehramt. Unter anderem war sie im Jahr 2015 an der Mitgestaltung der Gedenkveranstaltung zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus der Stadt Heidelberg beteiligt, die an die Deportationen der Heidelberger Juden in das französische Lager Gurs erinnerte. Derzeit wirkt sie bei der Umsetzung einer studentischen Ausstellung zum selben Thema mit. Sie ist Organisatorin des „21. Workshops zur Geschichte und Gedächtnisgeschichte der nationalsozialistischen Lager und Vernichtungsorte“ in Aix-en-Provence im Mai 2016.

„Wir sind die Herren, ihr seid die Sklaven“ – Die ökonomische Ausbeutungspolitik von sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz in der Pulverfabrik Liebenau

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören zu der zweitgrößten Opfergruppe der NS-Verbrechen. Von 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starb mit 3,3 Millionen mehr als die Hälfte der Gefangenen. Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der Pulverfabrik Liebenau zwischen Herbst 1941 und Sommer 1942 verdeutlicht dieses Massensterben: Von mehr als 1000 sowjetischen Kriegsgefangenen starben über 26 Prozent innerhalb des ersten Monats (im Oktober 1941) im Arbeitseinsatz in der Pulverfabrik – die Folge einer rigiden Ausbeutungspolitik. Die ethisch-moralische Bewertung des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter soll beim Vortrag im Vordergrund stehen. Entsprechend der rassistischen und biologistischen NS-Ideologie wurde den sowjetischen Kriegsgefangenen ein minderer Lebenswert zugeschrieben. Dieser war für die Zwangsarbeiter in der Kriegswirtschaft eng verknüpft mit dem Wert der Arbeit. Im reichsweiten „Russeneinsatz“ dominierten rassistisch begründete Kosten-Nutzen-Erwägungen im Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen: Es sollten wenig materielle Aufwendungen bei einer maximalen

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Ausbeutung der Arbeitsleistung angestrebt werden, was sich besonders deutlich in den auf ein Existenzminimum reduzierten Ernährungsrationen und der folglich hohen Zahl an Hunger-toten zeigte. Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden als sog. „Roboter-Russen“ (russ. „rabitat“ = arbeiten) entsprechend der übergeordneten kriegsökonomischen sowie ideologischen Ansprüche instrumentalisiert und für die Aufrechterhaltung der deutschen Kriegswirtschaft als „Mittel“ (Arbeit) ohne inhärenten Wert benutzt. Durch kriegsökonomische Zwänge, z.B. im Zuge des Transportstopps neuer Gefangenekontingente ins Reich aufgrund der „Fleckfieber“-Quarantäne zwischen November 1941 und März 1942 änderte sich die rassistisch begründete utilitaristische Ausbeutungspolitik nur dahingehend, dass zur Aufrechterhaltung des Lebens und damit der Arbeitskraft, den Zwangsarbeitern Zugeständnisse gemacht wurden, z.B. in Form von höheren Lebensmittelrationen, da vom Prinzip der Austauschbarkeit der Individuen als Zwangsarbeiter nur noch begrenzt Gebrauch gemacht werden konnte. Allein diese Handlungsspielräume ermöglichten es den sowjetischen Kriegsgefangenen, aktiv ihre Situation zu verbessern, wobei auffällig ist, dass sich diese Handlungsspielräume größtenteils in Verbindung mit Arbeit ergaben. In Anbetracht dieser Instrumentalisierung und Dehumanisierung der sowjetischen Kriegsgefangenen lässt sich fragen, ob die allgemeinen Definitionen von „Zwangarbeit“ um ethisch-moralische Kriterien erweitert werden müssten, um das Spektrum von Zwangarbeit zu erklären. Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich bewegte sich in einem Spannungsfeld zwischen ökonomisch-pragmatischen und politisch-ideologischen Strategien. Die Rolle des Akteurs „Pulverfabrik Liebenau“ innerhalb dieses Spannungsverhältnisses soll im Vortrag diskursanalytisch herausgearbeitet werden.

Panel II: Formen der Arbeitsmigration 2: Saison- und Gastarbeit, Wirtschaft und ökonomische Lage

Chair: Dr. Roberto Sala (Universität Basel)



Dr. Roberto Sala ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator der Basel Graduate School of History an der Universität Basel. Er studierte Geschichte in Mailand und Bielefeld und wurde an der Freien Universität Berlin promoviert. Als Postdoktorand arbeitete er unter anderem am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien in Erfurt sowie am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Des Weiteren war Roberto Sala als Visiting Scholar an der University of Chicago und der Columbia University tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Migrationsgeschichte, Wissenschaftsgeschichte, deutsche und amerikanische Geschichte sowie die Geschichte Südeuropas.

Referentin:

Kristina Jäger M.A. (Osnabrück)



Kristina Jäger wurde 1985 in Duisburg geboren. 2004 begann sie ein Studium der Kunstpädagogik und Geschichte an der Universität Osnabrück und wechselte 2006 an die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wo sie die Fächer Modernes Japan sowie Geschichte studierte. Vor ihrem Bachelorabschluss 2011 absolvierte sie einen einjährigen Auslandsaufenthalt an der Bunkyo-University, Japan. Ihre Masterarbeit schrieb sie über „Internationale Migration und interkulturelle Beziehungen“.

Zurzeit arbeitet Kristina Jäger an ihrer Promotionsarbeit „Produktion von Migration durch Ent-

sendung. Strategien und Praktiken multinationaler Unternehmen“ und ist wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück.

Produktion von Migration durch Entsendung. Strategien und Praktiken multinationaler Unternehmen

Mein Dissertationsprojekt (seit Januar 2015), das meinem Vortrag zugrunde liegt, beschäftigt sich mit der Entsendung von Mitarbeitern durch multinationale Unternehmen als einer spezifischen Form der Arbeitsmigration. Hierbei ist das Forschungsprojekt interdisziplinär angelegt, verfolgt aber eine migrationshistorische Perspektive, die sich der Genese und Ausgestaltung von Entsendesystemen durch Unternehmen zuwendet und Akteure der Ausgestaltung untersucht. Denn Unternehmen handeln Entsendung nicht nur mit ihren Mitarbeitern, sondern darüber hinaus – so die Annahme – auch mit (institutionellen) Akteuren vor Ort, wie städtischen Behörden oder wirtschafts- und migrationspolitischen Akteuren, aus.

Die Forschung zu Entsendung und Expatriate-Migration klammert bislang die Frage nach Aushandlungsstrategien und Aushandlungsinstrumenten der Unternehmen aus, die gerade erst durch eine historische und interdisziplinäre Forschungsperspektive sichtbar werden: In der Zielregion der Entsendung entsteht migrantische Infrastruktur, die sich aus internationalen Schulen, Vereinen, informellen Netzwerken, aber auch hoch formellen Strukturen wie Wirtschaftskreisen und Handelskammern zusammensetzen kann. Der Bezug zu Unternehmensentsendung, also zur initiierten Arbeitsmigration durch Unternehmen, bleibt hierbei oft unentdeckt oder oberflächlich.

Das Dissertationsprojekt will anhand eines Fallbeispiels, nämlich der Entsendestrategien und -praktiken des *global players* Siemens nach Japan/Tôkyô, die Genese und Funktionsweisen von Entsendung beziehungsweise Entsendesystemen untersuchen. Als Vorarbeit untersuchte ich in meiner Masterarbeit japanische (Arbeits-)Migration nach Düsseldorf in den 1950er-Jahren bis in die 1980er-Jahre und stieß hierbei auf den Zusammenhang von ausländischen Direktinvestitionen (hier vorrangig Greenfield Investments) und Mitarbeiterentsendung sowie auf ein umfangreiches Akteursgeflecht, das Interesse an dieser Form der Arbeitsmigration hatte und bis heute hat.

Panel III: Räume, Grenzen, Nationen

Chair: Dr. Roberto Sala (Universität Basel)

Referenten:

Dr. Lutz Vogel (Dresden)



Dr. Lutz Vogel studierte von 2000 bis 2006 Neuere/Neueste Geschichte, Politikwissenschaften sowie Soziologie an der Technischen Universität Dresden und erhielt 2006 seinen Magisterabschluss. 2007 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V. in Dresden. Er beteiligte sich am interdisziplinären Drittmittelprojekt „Migration und Toleranz. Historisch-volkskundliche Studien zur Einwanderung im Grenzraum Sachsen, Böhmen und Schlesien während des 19. Jahrhunderts“. Von 2010 bis 2012 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Staatliches Museum für Archäologie Chemnitz – smac“ mit. 2012 wurde Lutz Vogel mit der Studie „Aufnehmen oder Abweisen? Kleinräumige Migration und Einbürgerungspraxis in der sächsischen Oberlausitz 1815–1871“ promoviert. Zurzeit arbeitet er im Projekt „Sächsische Biografie“ mit und ist Leiter des Rezensionsteils des „Neuen Archivs für sächsische Geschichte“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in der historischen Migrationsforschung, der Parlamentarismusgeschichte und der Industriegeschichte Sachsens.

Chancen, Ängste, Widerstände. Arbeit als Argument bei der Einwanderung in Sachsen im 19. Jahrhundert

Das Königreich Sachsen war im 19. Jahrhundert – trotz massenhafter Auswanderung nach Amerika – ein Einwanderungsland. Bei denjenigen, die aus dem Ausland (vor allem aus den angrenzenden Regionen Preußens und Böhmens) nach Sachsen kamen, spielte die Arbeit, die die Zuwanderer/Zuwanderinnen ausüben wollten, in den Debatten der Behörden sowie der

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“

Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

„einheimischen“ Bevölkerung die größte Rolle. Dies gilt gleichermaßen für diejenigen, die sich nur zeitweise im Land aufhalten wollten (z. B. Saisonarbeiter/innen im Baugewerbe oder in der Landwirtschaft) als auch für die, die eine dauerhafte Niederlassung beantragten und sich damit einer gründlichen behördlichen Durchleuchtung ihres Lebensweges stellen mussten.

Oberste Prämisse der Behörden war dabei die Erwartung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Zuwanderer/innen. Handlungsleitend war stets die Furcht vor der Verarmung oder Erkrankung der zugewanderten Personen, die zur Belastung der kommunalen Sozialkassen geführt hätten. Personen, die einen „überlaufenen“ Beruf ausüben wollten, wurden im Regelfall ebenso abgewiesen wie ältere oder kranke Menschen. Ganz offen wurde dabei über die „Nützlichkeit“ eines Zuwanderers beziehungsweise einer Zuwanderin für die jeweilige Gemeinde diskutiert. Fabrikanten, die Steuereinnahmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze versprachen, wurden ohne Zögern aufgenommen, wogegen insbesondere Textilhandwerker deutlich skeptischer begutachtet wurden.

Die aufnehmenden Gemeinden verhielten sich oftmals reserviert gegenüber der Zuwanderung in ihren Ort. Bis zur Einführung der Gewerbefreiheit in Sachsen wachten zudem die Handwerksinnungen über den Zuzug neuer Konkurrenten. Lokale ökonomische Interessen wie z. B. das Fehlen eines dringend benötigten Handwerkers führten aber gleichzeitig dazu, dass Niederlassungswillige recht problemlos aufgenommen wurden. Die Einwanderer/innen zeigten sich demgegenüber sehr flexibel. In ihren Gesuchen betonten sie ihre Chancen und argumentierten mit dem „Nutzen“, den sie den jeweiligen Orten bringen konnten. Auch auf wirtschaftliche Erfolge (Bekanntschaft im jeweiligen Ort, erworberner Kundenstamm) nahmen sie Bezug beziehungsweise gaben an, in einem anderen als ihren erlernten Beruf arbeiten zu wollen.

Der nach Sachsen einwandernde ausländische Arbeiter war schließlich dann „Arbeiter“, wenn er eine Tätigkeit ausüben wollte, die dem jeweiligen Ort „nützlich“ beziehungsweise „gewinnbringend“ erschien. Er war dann (ablehnungswürdiger) „Ausländer“, wenn er in einem Tätigkeitsfeld arbeiten wollte, in dem es schon viele (inländische) Arbeiter gab, die ihre Besitzstände durch zusätzliche Konkurrenz bedroht sahen. Insofern war „Arbeit“ das wichtigste Argument der Zuwanderung in Sachsen im 19. Jahrhundert.

Mag. Marius Weigl (Wien)



Marius Weigl studierte von 2007 bis 2012 an der Universität Wien Geschichte und schloss sein Studium mit der Diplomarbeit „Für die öffentliche Sicherheit. Zur Genese der antiziganistischen Norm in Österreich zwischen 1918 und 1938“ ab, die mit dem Würdigungspreis 2012 des BMWF ausgezeichnet wurde. Zurzeit schreibt er seine Dissertation zum Thema „Wissenschaft – Verwaltung – Polizei: Zur ‚Lösung der Zigeunerfrage‘ in Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs“ an der Universität Klagenfurt, Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung.

Von der Armutspolitik zur Internierung. Zigeunerpolitik in Österreich(-Ungarn) von 1863 bis 1918

Die letzten historiographischen Forschungen über „Zigeuner“ -diskurse und -politiken betonten die Ambivalenz der Armutspolitik zwischen Wohlfahrt und Kriminalitätsprävention. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden in Mähren und im besonderen Böhmen und Niederösterreich eine radikale „Zigeuner“-politik verfolgt und Impulse für andere Kronländer gesetzt. Um die Positionen der Statthaltereien in Prag, Brünn und in Wien sowie deren Unterbehörden zu erörtern, muss zwischen Institutionen, den sozialen Lebenswelten und Akteuren differenziert werden. Zwar hatten die Kronländer dieselbe Gesetzeslage. Jedoch wurden die Gesetze aufgrund regionaler und sozioökonomischer Faktoren, wie der Bedarf von ambulantem Gewerbe und SaisonarbeiterInnen, Arbeitslosigkeit in den Industriegebieten Böhmens, die Nähe zu Ungarn, welches als „Heimatland der Zigeuner“ imaginiert wurde, ferner die soziale Frage und die Krise der Armenfürsorge, die auf dem Heimatrecht aufbaute, unterschiedlich angewendet. Im Fokus liegt ebenso die Verwendung von „Zigeuner“ als polizeilicher Ordnungsbegriff bezüglich der Trennung zwischen Armenfürsorge und Arbeitslose sowie in Bezug auf die Kriminalisierung einer mobilen Unterschicht.

Über das Konstrukt „Zigeuner“ wurden ab dem späten 19. Jahrhundert juristisch bürgerliche Rechte eingeschränkt. Das Heimatrechtsgesetz von 1863 nahm einen ausschlaggebenden Mo-

ment ein. Das Heimatrecht sollte die Staatsangehörigkeit mit ihren verbundenen Rechten, aber auch die Armenversorgung normativieren und reglementieren. Jedoch stemmten sich unterschiedliche lokale Behörden gegen die Versorgung von Armen, seien sie fremd gewesen oder nicht. Mit einem imaginierten „Landstreicherunwesen“ wurden zunehmend Gesetze gegen Vagabondage verschärft: zuerst mit dem Reichsschubgesetz 1871, bald darauf folgend durch das Landstreichergesetz von 1873 und dessen Verschärfung im Jahr 1885. Nur drei Jahre später wurde der „Erlass zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ 1888 ausgegeben. Schließlich wurde auch 1896 das Heimatrechtsgesetz dahingehend geändert, dass die Erlangung des Heimatrechts mittels durchgehenden Aufenthalts von drei auf zehn Jahre angehoben wurde.

Doch all diese Maßnahmen schienen bezüglich des „Zigeunerunwesens“ im Kontext der anhaltenden Wirtschaftskrise in den cisleithanischen Industriegebieten für manche Behörden nicht zu greifen und radikalere Maßnahmen wurden zunehmend gefordert. Im Ersten Weltkrieg mündete dieser rassistische Diskurs in die „Zigeuner-Konzentrationsstation“ in Hainburg.

Panel IV: Arbeitsethos, Normen, Wertvorstellungen

Chair: Prof. Dr. Astrid Messerschmidt (PH Karlsruhe/TU Darmstadt)



Prof. Dr. Astrid Messerschmidt studierte Pädagogik, Politikwissenschaft und Germanistik. 2003 wurde sie mit der Arbeit „Bildung als Kritik der Erinnerung – Lernprozesse in Geschlechterdiskursen zum Holocaust-Gedächtnis“ promoviert. 2009 stellte sie ihre Habilitationsschrift zum Thema „Weltbilder und Selbstbilder – Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte“ fertig. Astrid Messerschmidt wirkte bei zahlreichen Forschungsprojekten als Leiterin mit, darunter „Erfahrungsbezogene Bildungsarbeit im Kontext der gesellschaftlichen Umbrüche in Deutschland“ (gefördert vom BMBF), oder „Entwicklungsbezogene Erwachsenenbildung“ bei der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE). 2009 folgte sie dem Ruf der PH Karlsruhe, wo sie die Professur für Interkulturelle Pädagogik/Lebenslange Bildung am Institut für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt in außerschulischen Feldern bis heute innehat. Derzeit übernimmt sie die KIVA-Gastprofessur mit Schwerpunkt Gender und Diversity am Fachbereich Humanwissenschaften der TU Darmstadt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem migrationsgesellschaftliche Pädagogik, Rassismus- und Antisemitismuskritik im Kontext von Geschichtsbewusstsein sowie Bildung in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus.

ReferentInnen:

Bertold Scharf M.A. (Kiel)



Bertold Scharf studierte von 2000 bis 2013 Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Hamburg und München mit den chern Gender und Queer Studies sowie Soziologie. Sein Studium schloss er mit der Magisterarbeit „Der Mythos der ‚Trümmerfrauen‘ am Beispiel Hamburg“ ab und begann darauf folgend

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

seine Dissertation 2013 zum Thema „Behinderung und Arbeitswelten. Inklusion und Exklusion von Menschen mit Behinderung im betrieblichen Umfeld seit 1945“ an der Universität in Kiel. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Gabriele Lingelbach und im DFG-Projekt „Menschen mit Behinderung in Deutschland nach 1945. Selbstbestimmung und Partizipation im deutsch-deutschen Vergleich: Ein Beitrag zur Disability History“ mit.

Behinderung und Arbeitswelten. Inklusion und Exklusion von Menschen mit Behinderung im betrieblichen Umfeld seit 1945

Mein Dissertationsprojekt beschäftigt sich mit den Arbeitswelten von behinderten Menschen seit 1945. Laut Statistischem Bundesamt gelten derzeit mehr als 10% der Bevölkerung als „behindert“. Die Zuordnung von Menschen zur Kategorie „Behinderte/r“ geschah und geschieht bis heute insbesondere durch die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit der Betroffenen und damit der Abweichung von der Leistungsfähigkeit „normaler“ Menschen. Der Grund hierfür wird meist im Körper der Betroffenen gesucht, die Disability Studies sprechen deshalb auch von „verkörperten Andersheiten“.

Diese Abweichung von der Mehrheitsgesellschaft hatte teilweise fatale Folgen für das (Arbeits)Leben von Menschen mit Behinderung. In der NS-Zeit war die diagnostizierte Arbeitsunfähigkeit von behinderten Menschen ein entscheidendes Kriterium für den Tod durch die „Euthanasie“. Auch in der BRD und DDR behielt das Thema Arbeit für Menschen mit Behinderung eine wichtige Bedeutung und die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben galt lange Zeit als hauptsächliche Aufgabe der Behindertenpolitik und als Lösung dieses „sozialen Problems“. Als in den 1960er/1970er-Jahren Menschen mit Lernschwierigkeiten stärker in den Arbeitsprozess integriert werden sollten, geschah dies durch den massiven Ausbau von Sondereinrichtungen wie „Berufsbildungswerken“ und „geschützten Werkstätten“. Die Berufsbilder, die für die unterschiedlichen Behinderungsarten ausgearbeitet wurden, unterschieden sich hierbei stark. Wie fluide die Grenzen der Kategorie „Behinderung“ waren, kann anhand der Behandlung der Eingaben zur Invalidenrente in der DDR gezeigt werden. Bei Ablehnungen spielte neben der Klassifizierung der körperlichen Merkmale auch die Frage, ob die Bittsteller/innen arbeitsunwillig und nicht -unfähig seien, eine wichtige Rolle.

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Die Recherchen zu meinem Projekt sind noch nicht beendet, weshalb auch noch keine abschließenden Antworten gegeben werden können. In meinem Vortrag soll die Frage aufgeworfen werden, inwieweit die Kategorie „Behinderung“ durch die gesellschaftlichen Vorstellungen von Arbeitsfähigkeit beeinflusst und geschaffen wurde und wie sich dies auf die In- und Exklusion der Betroffenen und auf deren Arbeitsverhältnisse auswirkte. Ein Schwerpunkt meines Vortrags (und meines Projektes) liegt hierbei auf der DDR.

Harriet Scharnberg M.A. (Münster)



Harriet Scharnberg studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Hamburg und Toruń. Sie arbeitete im Fotoarchiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und am Hamburger Institut für Sozialforschung für die zweite Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Geschichte des Nationalsozialismus sowie im Bereich Bild- und Mediengeschichte. In ihrer Dissertation untersucht sie die Darstellung der „Judenfrage“ in der nationalsozialistischen Bildpresse.

Arbeit und Gemeinschaft. Zur Rolle und Darstellung von „Arbeit“ in der NS-Bildpropaganda

Norm- und Wertvorstellungen werden in modernen Gesellschaften massenmedial verhandelt. In der nationalsozialistischen Weltanschauung beanspruchte „Arbeit“ eine zentrale Rolle und ein ebenso zentraler Platz kam ihr in der NS-Bildpropaganda zu. In der streng kontrastiv organisierten NS-Bildwelt war „Arbeit“ ein Charakteristikum der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“; sie war aber auch das entscheidende Mittel zu ihrer Herstellung. Durch die gemeinsame Arbeit in den zahlreichen „Integrationslagern“, so wurde in der Bildpropaganda herausgestrichen, sollten die „Volksgenossen“ soziale Unterschiede überbrücken lernen, sich als egalitär erfahren und die „Volksgemeinschaft“ herstellen und erleben. Auch in der Propagandadarstellung der Konzentrationslager war das Arbeitsmotiv präsent, um die KZs in Analogie zu den Integrationslagern als Arbeitslager zu beschönigen und vorzugeben, deren Insassen hätten sich lediglich durch Arbeit für die Volksgemeinschaft zu bewähren („Arbeit macht frei“).

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Das Gewicht, das „Arbeit“ im Selbstbild der propagierten „Volksgemeinschaft“ beigemessen wurde, lässt sich nicht nur an der Menge der ihr gewidmeten Darstellungen ablesen. Die zentrale Position kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass die Darstellungen deutscher Arbeit in vielfältige spezifische Oppositionen eingesponnen waren. Dabei war das präsentierte Selbstbild von jeglichen Spuren sozialkritischer Arbeitsdarstellungen bereinigt. Sozialkritische Darstellungen der Weimarer Republik und der (späteren) Kriegsgegner wurden hingegen aufgegriffen, um diese Gesellschaften als asozial zu denunzieren. Dorothea Langes „Migrant Mother“ (1936) beispielsweise kam auch in der NS-Bildpropaganda zum Einsatz. Streiks waren ein anderes beliebtes Thema. In den permanenten Arbeitskämpfen schlage sich die „falsche“ Organisation der Arbeit in den kapitalistischen Demokratien nieder. Das „Sowjetparadies“ wurde als Arbeiterhölle entlarvt und das dortige Elend den harmonischen deutschen Siedlungen gegenübergestellt, in denen Arbeit und Gemeinschaft feste Größen im Leben des Neuen Menschen bildeten.

„Arbeit“ galt auch als individuelles Kriterium, das über die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ entschied. Als „arbeitsscheu“ diffamierte Deutsche waren ebenso ausgeschlossen wie jüdische Deutsche. Hitler erhob „Arbeit“ sogar zum Differenzkriterium schlechthin, um zwischen „nordischen Völkern“ und „Juden“ zu unterscheiden. In der NS-Bildpropaganda schlug sich dieser Leitsatz von der jüdischen Nicht-Arbeit, der historisch fest im Repertoire antijüdischer Stereotype verankert war, verschiedentlich nieder, beispielsweise im Dolcefarniente einer jüdischen Oberschicht oder im (nicht als Arbeit gewerteten) „typisch ostjüdischen“ Klein- und Straßenhandel. Über Fotos polnischer „Ostjuden“, die trotz ihres Unvermögens von deutschen Soldaten zu Bau- und Transportarbeiten gezwungen wurden, lachten deutsche Zeitungsleser im Herbst 1939. Ein genauer Blick auf die Darstellungen jüdischer Arbeit zeigt aber auch, dass Bilder professioneller jüdischer Arbeit sporadisch eingesetzt wurden, um eine „Produktivierung“ der Juden zur „Lösung der Judenfrage“ in Aussicht zu stellen.

Panel V: Geschlecht und Gender

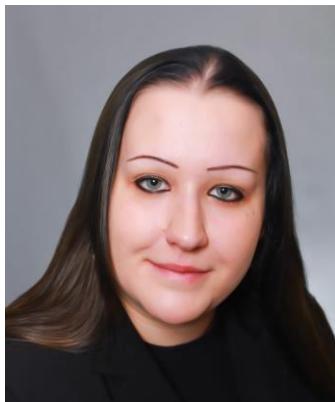
Chair: Prof. Dr. Sylvia Hahn (Universität Salzburg)



Prof. Dr. Sylvia Hahn studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. Sie wurde 1984 im Fach Wirtschafts- und Sozialgeschichte promoviert. Von 1984 bis 1989 arbeitete sie an verschiedenen Forschungsprojekten und historischen Ausstellungen mit, war von 1985 bis 1994 als Lektorin an den Universitäten Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg und Wien tätig und arbeitete von 1989 bis 1992 im Bereich der Erwachsenenbildung. Zwischen 1992 und 1994 war Sylvia Hahn Referentin für EU- und internationale Angelegenheiten im Büro der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten. Des Weiteren war sie in zahlreichen Gremien wie der Institutskonferenz, dem Dienststellenausschuss, dem Arbeitskreis für Gleichbehandlung und der Mittelbauvertretung (BUKO) der Universität Salzburg aktiv. 2004 habilitierte sie sich im Fach Neuere Geschichte und ist seither außerordentliche Universitätsprofessorin im Fachbereich Geschichte. Zwischen 2006 und 2009 war sie stellvertretende Dekanin und ab 2009 Dekanin der kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. 2011 wurde sie zur Vizerektorin für Internationale Beziehungen und Kommunikation gewählt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Migrations-, Stadt-, und Geschlechtergeschichte und der Geschichte der Arbeit.

ReferentInnen:

Mirjam Schnorr M.A. (Heidelberg)



Mirjam Schnorr wurde 1989 in Mannheim geboren. 2008 begann sie ein Studium in den Fächern Geschichte und Philosophie an der Universität Heidelberg und schloss dieses 2012 mit dem Bachelor ab. Daran anschließend absolvierte sie ihren Master bis 2015 im Fach Geschichte mit den Schwerpunkten Nationalsozialismus,

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Zweiter Weltkrieg, Vergangenheitsbewältigung sowie NS-Prozesse. Neben ihrem Studium war sie unter anderem 2013/14 beim Dauerausstellungsprojekt „Dokumentation NS-Ordensburg Vogelsang“ am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und Public History in Heidelberg tätig und arbeitete als Besucherführerin für die Wanderausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“. Im Frühjahr 2015 wurde Mirjam Schnorr als Doktorandin mit dem Promotionsprojekt „Prostitution im ‚Dritten Reich‘. Zur Situation von ‚asozialen Frauen‘ in badischen und württembergischen Großstädten zwischen 1933 und 1945“ am Historischen Seminar in Heidelberg angenommen.

Prostitution im „Dritten Reich“. Zur Situation von „asozialen Frauen“ in ausgewählten badischen und württembergischen Großstädten zwischen 1933 und 1945

Prostitution gilt als das „älteste Gewerbe der Welt“, das zu allen Zeiten und beinahe überall ausgeübt wurde. Prostituierte sind Personen, die entgeltliche Sexualleistungen für beliebige, zahlungsbereite Kunden erbringen. Prostituierte sind meist Frauen, die Kunden – in der Hauptsache als Freier bezeichnet – im Regelfall Männer. Der Warencharakter der zeitlich befristeten Beziehung zwischen Prostituierter und Freier wird dadurch verdeutlicht, dass meist keine emotionale Bindung zwischen den Beteiligten zustande kommt, der Zweck der Bezahlung in der unverbindlichen Befriedigung sexueller Bedürfnisse des Freiers liegt und die Prostituierte eine wechselnde sowie austauschbare und unbestimmte Anzahl von Kunden bedient, um damit ihren Lebensunterhalt oder einen Teil davon zu verdienen.

In der nationalsozialistischen Ideologie galten Prostituierte neben sogenannten Arbeitsscheuen, Gewohnheitsbettlern, Landstreichern und Abhängigen als „Parasiten“ im „Volkskörper“. Sie zählten zu denjenigen, die durch einen „unsittlichen Lebenswandel“ aus der „Volksgemeinschaft“ herausfielen und nicht bereit waren, einer „ehrlichen“ Arbeit nachzugehen. Sie wurden mithin als „Asoziale“ begriffen und unter die Kriterien der rassistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik subsumiert. Prostituierte waren hierdurch den Gefahren von Diskriminierung, Verhaftung, Entmündigung, Zwangssterilisation, Deportation und Ermordung ausgesetzt. Die Prostitutionspolitik der Nationalsozialisten an sich war komplex und inkohärent. Auf der einen Seite wurde die Prostitution als „Schmach der Menschheit“ kriminalisiert und hart bekämpft, auf der anderen Seite sollte sie keineswegs abgeschafft werden – im Falle ei-

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

nes vollständigen Verbots befürchtete man ein Ansteigen der Homosexualität innerhalb der männlichen Bevölkerungsgruppe – sie sollte vielmehr staatlich kontrolliert und in der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt bestehen bleiben.

Die Umsetzung der Prostitutionspolitik war zum einen stark von aktuellen Problemlagen abhängig. So trat zum Beispiel der NS-Staat mit Kriegsbeginn selbst als Zuhälter auf und ließ zur sexuellen Versorgung von Soldaten, Offizieren, Zwangsarbeitern und „privilegierten“ Häftlingen Bordelle in der Heimat, in besetzten Gebieten und Konzentrationslagern einrichten. Zum anderen war sie von städtischen Einzelregelungen geprägt. Für Frankfurt am Main ist beispielsweise gesichert, dass mit speziellen „Fürsorgestreifen“ einschlägige Etablissements inspiert wurden, um gezielte Ermittlungen gegen Prostituierte und Zuhälter einleiten zu können. Das Dissertationsprojekt will die rechtliche, gesundheitspolitische und alltägliche (Arbeits-) Situation von Prostituierten in Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe während des „Dritten Reiches“ untersuchen. Für die ausgewählten Städte gibt es bisher zu diesem Thema kaum Forschungen, sie sind als Großstädte „Zentren der Gewerbsunzucht“ und weisen überdies traditionsreiche Stadtbezirke auf – wie zum Beispiel die Mannheimer Lupinenstraße – in denen schwerpunktmäßig heute noch der Prostitution nachgegangen wird.

Stefan Benedik M.A. (Graz)



Stefan Benedik studierte bis 2007 die Fächer Geschichte und Kulturanthropologie in Graz und Prag. 2007 schloss er sein Studium nach einem Forschungsaufenthalt in Prag mit einer Diplomarbeit über Gender und Nation in einem „deutschen“ Prag der ersten Tschechoslowakischen Republik ab. Seit 2008 ist er Mitarbeiter und Doktorand in Forschung und Lehre am Institut für Geschichte an der Universität Graz. Von 2011 bis 2013 war er DOC-team-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und 2013 Visiting Researcher an der University of Toronto. Seine Forschungsbereiche sind unter anderen Geschlecht, Migration, Rassifizierung, Nationalismen und Gedächtniskultur in Zentraleuropa.

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

**Un/Threatening Breadwinners: Geschlechterbilder im Sprechen über zentraleuropäische
Armutsmigranten/innen**

Mein Vortrag wird sich ausgehend von Desideraten im aktuellen Mainstream sowohl der Migrationsforschung wie der Romani Studies, die von einer Ausblendung beziehungsweise problematischen Konzeptionen der Kategorie Geschlecht gekennzeichnet sind, mit zentralen Bildern über Romani Migrant_innen in Österreich auseinandersetzen. Dabei wird vor allem das Fallbeispiel der Narrative über Grazer Bettler_innen dazu dienen, einige bestimmende Charakteristika zur diskursiven Herstellung des typischen Romani-Migranten beziehungsweise der typischen Romani-Migrantin zu benennen und in einen analytischen Kontext zu stellen. Untersucht werden dazu transmedial verhandelte Diskursbestände aus einem transnationalen Kontext (das hauptsächlich untersuchte Material aus der Zielregion Österreich wird Beispielen aus der Slowakei und Tschechien gegenübergestellt).

Exemplarisch wird die Darstellung von Bettler_innen als Alleinverdiener_innen analysiert werden, die im Falle von bosnischen Romnija (Roma-Frauen), die 1996 mittels eigener Verordnung aus der Stadt vertrieben wurden, zur Wahrnehmung einer „Verletzung“ der „kulturellen Gefühle der Grazer“ geführt hat, während Roma-(Männer) bis 2011 vor allem mit der Betonung ihrer Rolle als *Breadwinners* auf die Toleranz der lokalen Bevölkerung vertrauen konnten. Als Berücksichtigung der hier am Werk befindlichen Brüche und Paradoxien werden anknüpfend daran künstlerische Auseinandersetzungen diskutiert werden, die genau diese Ausrichtung der Narrative entlang von *Gendered Divisions* subversiv zu unterwandern versuchen, damit aber oft auch als Erweiterung bestehender Vorurteile interpretierbar werden.

Podiumsdiskussion: „Armuts“- oder Arbeitsmigration?

Neue Perspektiven auf Einwanderung und Flucht nach Deutschland

Seit etwa 2011 vergeht kein Monat ohne Berichterstattung zu neuer Einwanderung aus Osteuropa oder Asylbewerberzahlen unter dem Stigma einer vermeintlich stattfindenden „Armutsmigration“. Diese Debatte erfolgt fast ausschließlich in einer negativen, vorurteilsbehafteten Weise. Dabei kommt es oft zu Pauschalisierungen und einer Vermischung von Fakten beispielsweise über Asylbewerberzahlen oder die EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen.

Die Podiumsdiskussion will auf den Zusammenhang von aktueller Migration und Arbeit aufmerksam machen und v.a. der Frage nachgehen, welche Art von Migration wir derzeit wirklich nach Deutschland haben und wie die Strategien des Umgangs damit aussehen könnten. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien sowie auf Fluchtbewegungen aus den (West-)Balkanstaaten.

Moderation:

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun



Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, geboren 1950 in Leer, kam 1976 zum damaligen Süddeutschen Rundfunk, arbeitete in der Landesredaktion, bei Radio Stuttgart, in der Landespolitik und leitete die Redaktion „Regionalnachrichten“. In zahlreichen Sendungen berichtete er über „Ausländerthemen“ und die Türkei. Später baute er die Ausländerredaktion auf und rief 1988 das Medienforum „Ausländer bei uns“ ins Leben. Seit 1995 ist er Integrationsbeauftragter des SWR, der erste Ausländerbeauftragte - wie es damals hieß - einer ARD-Rundfunkanstalt. Er gründete die Fachredaktion für Migrationsfragen „SWR International“ des Südwestrundfunks in Stuttgart. Gleichzeitig ist er Honorarprofessor an der Universität Tübingen. 2002 gründete er das „Wissenschaftsforum Migration und Integration Baden-Württemberg“ mit dem Integrationsbeauftragten der Lan-

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

desregierung von Baden-Württemberg, aus dem das heutige „Netzwerk Integrationsforschung Baden-Württemberg“ hervorgegangen ist.

In Büchern und Publikationen weist er darauf hin, dass die Akzeptanz der Zuwanderung sozial und ökonomisch sinnvoll erscheint und mehr für die in Deutschland lebenden Migranten getan werden muss, damit Integration funktionieren kann.

Aktuelle Publikationen zum Thema: Einwanderung und Asyl: Die 101 wichtigsten Fragen (München 2015, erscheint demnächst); Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen (hg. mit Reinhold Weber, Stuttgart 2013).

Teilnehmer:

Emran Elmazi



Emran Elmazi wurde 1986 als Sohn muslimischer Roma in Skopje (Mazedonien) geboren. Als Kind kam er mit seinen Eltern nach Deutschland und studierte Rechtswissenschaften an der Universität Trier. Seit 2009 ist er Mitglied der Interkulturellen Jugendorganisation von Roma und Nichtroma „Amaro Drom e.V.“. Dort engagiert er sich aktiv im Vorstand und als Vorsitzender. In Romanes heißt Amaro Drom „unser Weg“. Der

Verein tritt gesellschaftlicher Ablehnung und Ausgrenzung aktiv entgegen und verfolgt das Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation eine Zukunft ohne Stigmatisierung und Vorurteile zu ermöglichen. Als junge Roma und nicht-Roma übernehmen die Mitglieder gemeinsam Verantwortung in der Gesellschaft für Achtung und gegenseitigen Respekt. Seit 2015 leitet Emran Elmazi das Referat „Dialog“ im Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Dort betreut er die pädagogische Arbeit des Zentrums. Zudem gehören die Aufklärung über Klischees und Antiziganismus sowie Kulturvermittlung zum Tätigkeitsbereich des Referats.

Marcus Engler



Marcus Engler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Vor seinem Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Institut d'Etudes Politiques in Paris leistete er Freiwilligendienst in einer Beratungsstelle für Flüchtlinge in Marseille. Anschließend arbeitete er u.a. als Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität und als Redaktionsleiter des Newsletters „Migration und Bevölkerung“. Im Rahmen seines Promotionsvorhabens absolvierte er Forschungsaufenthalte in Peking und an der London School of Economics and Political Science. Zuletzt war er externer Berater beim Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin in dem Eurocities-Projekt „Mixities“.

Prof. Dr. Max Matter



Prof. Dr. Max Matter war von 1997 bis 2010 geschäftsführender Direktor des Instituts für Volkskunde an der Universität Freiburg. Nach seiner Emeritierung ist er auch weiterhin forschend und lehrend tätig. Seit 1997 ist er Gründungsmitglied des Rats für Migration und war bis 2013 im Vorstand tätig. Außerdem engagierte er sich in dessen Wissenschaftlichem Beirat sowie im Wissenschaftlichen Beirat der Otto-Benecke-Stiftung. Er ist Mitglied des vom Europarat und der EU initiierten European Academic Network on Romani Studies. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Migrationsforschung, insbesondere der Zuwanderung sogenannter Gastarbeiter und der Folgegenerationen sowie in der Untersuchung der Migration von Roma-Minderheiten in die EU. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit interethnischen Beziehungen, dem Umgang mit Fremdheit, der ethnologischen Nahrungsforschung sowie Lebensalterstudien. Zuletzt veröffentlichte er das Buch "Nirgendwo erwünscht – Zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten" (Schwalbach/Ts. 2015).

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“
Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Benjamin Pargan



Benjamin Pargan, geboren 1973 in Bosnien-Herzegowina, kam 1993 als Kriegsflüchtling nach Österreich. Er studierte Soziologie an der Johannes-Keppler-Universität in Linz und Journalismus an der Donau-Universität in Krems. Nach dem Studium machte er ein bimediales Redaktionsvolontariat bei der Deutschen Welle in Köln und Berlin. Seit 2006 leitet er die Programmgruppe Südosteuropa bei der Deutschen Welle. Er lebt und arbeitet in Bonn.

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“ Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

Notizen:

„An die Arbeit! Minderheiten und Erwerbserfahrungen im 19. und 20. Jahrhundert“ Lebensläufe und Abstracts der Vorträge der ReferentInnen

